

Straßenkatzen in Deutschland

Millionenfaches Elend im Verborgenen

Autorin: Christiane Nastarowitz-Bien

Straßenkatzen werden in Deutschland von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen, da sie weitgehend im Verborgenen leben. Doch ihr Leid hat sich in den letzten Jahren zu einem kaum mehr zu bewältigenden Tierschutzproblem entwickelt. In seinem gerade veröffentlichten »Katzenschutzreport« stellt der Deutsche Tierschutzbund die brisante Situation eindrücklich dar und zeigt Lösungswege auf – allen voran eine bundesweite Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht.



Straßenkatten sind extrem scheu und oft nur mit viel Aufwand einzufangen. Foto: Katzenschutzbund Osnabrück

Katzen sind Deutschlands beliebteste Haustiere und ihre Zahl wächst – in den letzten zehn Jahren um 32 %. Eine besondere Dynamik bekam die Entwicklung mit der Coronapandemie: So stieg die Zahl der Katzen in deutschen Haushalten in den Jahren 2019 bis 2021 um zwei Millionen auf 16,7 Millionen, um anschließend wieder auf 15,2 Millionen zu sinken. Die Kehrseite der Medaille: Mehr als zwei Drittel der Tierheime berichten, dass sie in den letzten zwölf Monaten vermehrt Katzen aufnehmen mussten und fast ein Drittel der Tierschutzvereine gibt an, dass Katzen nach ihren Erfahrungen mehr als andere Tierarten Opfer von

Tierquälerei und Tötung würden. Zudem nimmt mit der Zahl der Hauskatzen auch die Zahl der herrenlosen Streuner dramatisch zu. Das Ausmaß des damit verbundenen Katzenelends zeigt der Deutsche Tierschutzbund in seinem druckfrischen „Großen Katzenschutzreport“, der auf umfangreichen Online-Befragungen von Tierschutzvereinen und Katzenhalter:innen beruht.

Deutschlandweites Problem

Bekannt sind Straßenkatzen hauptsächlich aus den südlichen Urlaubsländern. Tatsächlich sind die Tiere dort in den Innenstädten oder Hotelanlagen, wo sie vielfach von Touristen gefüttert werden, viel präsenter und zutraulicher als hierzulande. Deutsche Städte bieten den Straßenkatzen kaum Lebensraum, so dass sie scheu und ängstlich bleiben und hauptsächlich an versteckten, abgeschiedenen Orten leben – auf Firmengeländen, in Industriegebieten, Schrebergärten, verlassenen Gehöften oder auch auf Bauern- und Reiterhöfen. Daher werden die Tiere von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und ihre Zahl ist nur schwer zu schätzen, dürfte sich aber auf mindestens zwei Millionen belaufen. »Die Landesregierung Niedersachsen ging 2017 sogar schon von 3,2 Millionen Straßenkatzen deutschlandweit aus. Wir halten Schätzungen von mehreren Millionen durchaus für realistisch«,

berichtet Dr. Dalia Zohni, Fachreferentin für Heimtiere beim Deutschen Tierschutzbund. Bundesweit haben fast alle befragten Tierschutzvereine mit Straßenkatzen zu tun, über 80 % unterstützen oder betreuen Futterstellen und kümmern sich um die medizinische Versorgung der Tiere. Dies ist mit einem enormen personellen und finanziellen Aufwand verbunden, so dass fast drei Viertel der befragten Vereine sich mit der wachsenden Zahl an Straßenkatzen überfordert sehen. Mit der Coronapandemie hat sich die Lage weiter verschärft. Dies erklären die Tierschutzvereine damit, dass viele Menschen sich eine Katze angeschafft haben, ohne diese kastrieren zu lassen, und etliche dieser »Spontananschaffungen« von überforderten Besitzer:innen wieder ausgesetzt wurden. Zudem konnten während der Pandemie deutlich weniger Kastrationsaktionen zur Eindämmung der Straßenkatzenpopulation durchgeführt werden.

Unterernährt und krank

Die verbreitete romantische Vorstellung, dass herrenlose Katzen »wild und frei« in der Natur zurechtkommen, ist ein Irrglaube: »Straßenkatzen sind keine Wildtiere, sondern domestizierte Tiere, die auf den Menschen angewiesen sind. Sie sich selbst zu überlassen, wäre tierschutzwidrig«, erklärt Katzenexpertin Dalia Zohni. So müsste eine 3,5 kg schwere Katze, die ausschließlich von Mäusen leben

soll, 10 bis 12 Stück am Tag fangen, um ihren Kalorienbedarf zu decken – das gelingt den wenigsten. Unversorgte Straßenkatzen sind in der Regel unterernährt und so gut wie nie gesund, ihre Lebenserwartung ist gering: Drei Viertel der Kitten erreichen den sechsten Lebensmonat nicht. »Mehr als die Hälfte der Straßenkatzen, die bei Tierschutzvereinen landen, sind ernsthaft krank, 5 % sind dem Tode nahe«, so das erschreckende Fazit der Befragungen. Fast alle haben Parasiten, 71 % leiden an Infektionskrankheiten, vielfach mit schweren Augenentzündungen. Fast ein Drittel weist behandlungsbedürftige Verletzungen auf. 20 % der Tiere sind so schwer krank, dass sie direkt eingeschläfert werden müssen. Erwachsene Tiere, die halbwegs gesund sind, müssen in der Regel nach der Kastration wieder »auf die Straße zurück«, da sie sich nicht an ein Leben in menschlicher Obhut anpassen könnten. »Bei Katzen findet die Sozialisation, in der sie intensiv an Menschen gewöhnt werden können, sehr früh statt – hauptsächlich zwischen der zweiten und siebten Lebenswoche. Danach ist eine Gewöhnung an den Menschen zwar bis zu einem gewissen Grad noch möglich, aber in vielen Fällen deutlich erschwert. Bei Straßenkatzen, die bis zur 16. Lebenswoche keinen Kontakt mit Menschen hatten, sollte grundsätzlich von Sozialisierungsversuchen abgesehen werden. Die Konfrontation mit Menschen wird immer mit Unsicherheit, Angst oder großem Stress verbunden sein – und das ein Leben lang«,

unterstreicht Zohni. Vermittelbar seien nur Kitten, die sehr jung ins Tierheim kommen oder dort geboren werden oder zutrauliche Katzen, die vermutlich ausgesetzt wurden oder entlaufen sind.

Kastrieren, kastrieren, kastrieren

Sämtliche Straßenkatzen stammen ursprünglich von unkastrierten Hauskatzen ab – und von denen gibt es viele in Deutschland. In Niedersachsen sind beispielsweise nach Angabe der Landesregierung von 575.000 registrierten Hauskatzen 120.000 unkastriert. »Nach den Ergebnissen unserer Besitzerbefragung ist jede zehnte privat gehaltene Katze in Deutschland nicht kastriert, damit leben in deutschen Haushalten hochgerechnet 1,5 Millionen unkastrierte Katzen. Und von den geschlechtsreifen Katzen, die in Tierheimen aufgenommen werden, sind im Schnitt 73 % unkastriert«, berichtet der Tierschutzbund.

Dass konsequente Kastrationsprogramme die Zahl und das Leid der Straßenkatzen mindern können, zeigen zahlreiche Beispiele. So führt die Stadt Leipzig seit 1991 umfangreiche Maßnahmen zur Katzenkastration durch, bis 2020 wurden hier über 10.500 herrenlose Katzen kastriert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Inzwischen ist die Straßenkatzenpopulation in der Stadt auf niedrigem Niveau stabil und der Gesundheitszustand der Tiere gut.

Doch Kastrationsaktionen kosten Geld, und nicht alle Bundesländer stellen dafür Fördergelder in größerem Rahmen bereit, wie es beispielsweise Schleswig-Holstein und Niedersachsen tun. Zwar unterstützen auch einige Städte und Kommunen regionale Kastrationsaktionen, doch viele Tierschutzvereine werden mit den Kosten alleine gelassen: So erhielt nach den Umfrageergebnissen des Deutschen Tierschutzbundes jedes dritte Tierheim keine finanzielle Unterstützung von Land oder Kommune für Kastrationen – und allein aus Spenden ist der Aufwand kaum finanzierbar.

Ineffektiver Flickenteppich

Angesichts von Millionen herrenlosen Katzen ist es nicht akzeptabel, dass nach wie vor viele unkastrierte Freigängerkatzen und -kater aus Privathaushalten zur Vermehrung der Straßenkatzenpopulation beitragen. Abhilfe schaffen könnte eine Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Katzen mit unkontrolliertem Freilauf – doch hier tut sich die Politik schwer. Zwar ermächtigt §13 b des Tierschutzgesetzes die Landesregierungen seit 2013 zum Erlass von entsprechenden Verordnungen auf tierschutzrechtlicher Basis oder zur Übertragung dieser Ermächtigung auf andere Behörden – aber nur für Gebiete, in denen »an freilebenden Katzen festgestellte erhebliche Schmerzen, Leiden und Schäden auf die hohe Anzahl dieser Tiere

zurückzuführen sind«. »Dieser Paragraph bedeutet Symptombekämpfung statt Prävention, er greift erst, wenn das Problem schon da ist und dann dauert es noch Jahre bis zu einer entsprechenden Verordnung. In der Regel besteht also schon länger großes Katzenleid, bevor die Politik handelt«, kritisiert der Deutsche Tierschutzbund.

Zudem geht diese Delegation an Länder und Kommunen fälschlicherweise davon aus, dass es sich bei Straßenkatzen um ein lokales Problem handelt und führt – wie so oft im föderalen Deutschland – zu einem unüberschaubaren und ineffektiven Flickenteppich von Regelungen. So gibt es in Bremen und Bremerhaven schon seit 2011 bzw. 2012 auf ordnungsrechtlicher Basis eine Kastrationspflicht, in Bremerhaven auch eine Registrierungspflicht. Eine landesweite Katzenschutzverordnung mit Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht auf Basis von §13 b gibt es bisher nur in Berlin (seit 2022) und in Niedersachsen (beschlossen im Juni 2023). Einen Sonderweg geht das Saarland, wo eine landesweite Katzenschutzverordnung mit »Hot Spots-Regelung« gilt. Insgesamt haben bisher nur 11% der Städte und Gemeinden eine Kastrationspflicht eingeführt, in Bayern und Sachsen sind es sogar weniger als 1 %. Und selbst wo Regelungen bestehen, werden Verstöße nur selten geahndet. Nach den Umfrageergebnissen des Tierschutzbundes wissen 38 % der Katzenbesitzer:innen nicht einmal, ob es an ihrem Wohnort eine Kastrationspflicht gibt – und die

unkastriert herumstromernden Freigänger-Katzen halten sich sowieso nicht an Gemeinde- oder Landesgrenzen.

**Übersicht über alle Städte und Gemeinden:
www.tierschutzbund.de/katzenkastrationspflicht**

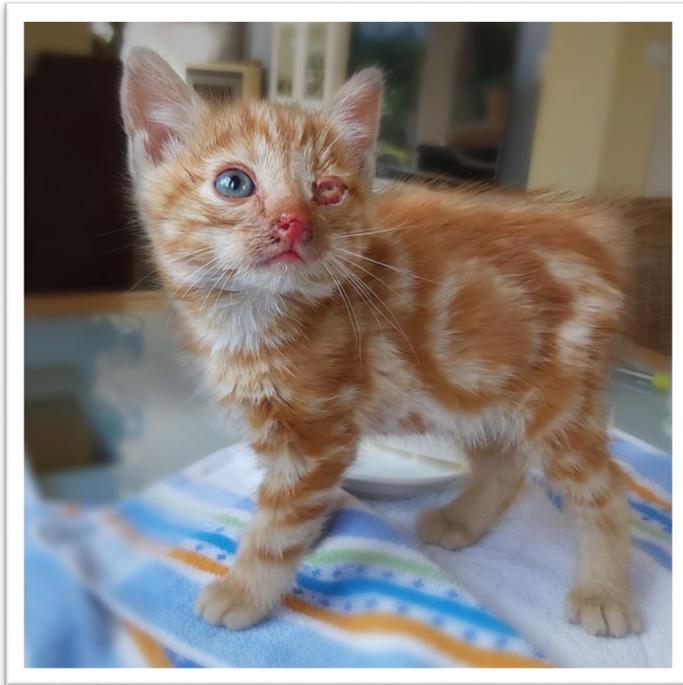
Bundesweite Regelung angemessen

Sinnvoller und effektiver wäre daher eine bundesweite Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Katzen mit Freigang. Beispiele für solche Regelungen gibt es in der EU bereits: in Österreich seit 2005 und in Belgien seit 2018. Doch in Deutschland rangiert der Katzenschutz auf Bundesebene unter ferner liefen. Selbst die Pläne der Bundesregierung für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bezogen sich ursprünglich nur auf Hunde – im aktuellen Referentenentwurf zur Überarbeitung des Tierschutzgesetzes wurden die Katzen noch nachträglich aufgenommen. Und von einer bundesweiten Kastrationspflicht für Katzen ist bisher gar nicht die Rede. Dabei steht die große Mehrheit der Katzenbesitzer:innen nach den Ergebnissen des Katzenschutzreports einer Kastrationspflicht für Freigänger gar nicht ablehnend gegenüber – wo liegt also das Problem?

Einerseits sicher darin, dass das Elend der Straßenkatzen in Öffentlichkeit und Politik kaum wahrgenommen wird – hier dominieren andere

Tierschutzthemen, insbesondere aus der Nutztierhaltung. Andererseits werden juristische Bedenken ins Feld geführt: »Gegen die Kastrationspflicht wird zuweilen eingewandt, dass diese gegen höherrangiges Recht – konkret gegen Grundrechte der Katzenhalterinnen und Katzenhalter – verstoßen würde«, schrieben Linda Gregori und Dr. Barbare Felde, stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht, im Dezember 2022 in einer Kurzstellungnahme zum Thema. Tatsächlich stelle eine solche Regelung einen Eingriff ins Eigentumsrecht dar und müsse daher »ein legitimes Ziel verfolgen sowie zur Erreichung dieses Zieles geeignet, erforderlich und angemessen sein«. Dass das Ziel, nämlich die Prävention von Tierleid bei herrenlosen Katzen, legitim ist, daran lässt das »Staatsziel Tierschutz« im Grundgesetz keinen Zweifel. »Eine Kastrationspflicht ist geeignet, um die Populationsdichte zu verringern und damit Katzenleid zu verhindern. Es ist kein gleich geeignetes milderes Mittel ersichtlich, um der Populationsdichte Einhalt zu gebieten und die Katzen vor Schmerzen, Leiden und Schäden zu bewahren«, führen die Juristinnen weiter aus. Insofern sei eine bundesweite Kastrationspflicht angemessen, wenn Ausnahmefälle wie Zuchtkatzen oder Katzen mit kontrolliertem Auslauf berücksichtigt würden. Denn das immense Leid der wildlebenden Katzen überwiege das Interesse von

Katzenhalter:innen, ihre freilaufende Katze nicht kastrieren zu lassen.



Viele der Tiere haben Katzenschnupfen mit schwersten Augenveränderungen
– Foto: Deutscher Tierschutzbund

Offene Fragen

Natürlich wird es bei Einführung einer flächendeckenden Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht einige strittige Punkte geben. So wird vermutlich immer eine Grauzone bleiben bei der Frage, wem eine mehr oder weniger wild lebende, aber regelmäßig gefütterte Katze eigentlich »gehört« und ab welchem Grad der Fürsorge man für das Tier verantwortlich ist. »Katzenschutzverordnungen enthalten meist eine ausdrückliche Anordnung, dass, wer eine Katze regelmäßig füttert, als Halter im Sinne der Verordnung anzusehen ist, und diesen die Pflicht

trifft, die Katze kastrieren zu lassen«, erläutert Dalia Zohni. »Damit kann aber nicht das bloße Füttern von Tieren an einer neutralen Futterstelle gemeint sein, wie es die Tierschutzvereine durchführen, ohne eine »Aneignung« der Katzen im Sinn zu haben. Ebenso ist abzulehnen, dass ein Tierschutzverein automatisch alleinverantwortlich für Tiere ist, die er hat kastrieren lassen und wieder freilässt. Werden Katzen kastriert, sollten diese auf die Gemeinde registriert werden, um zu zeigen, dass es sich um frei lebende, unversorgte Haustiere handelt, und wir die Gemeinde mit in der Pflicht sehen, diese zu versorgen.« Diskussionsbedarf dürfte es auch darüber geben, inwieweit finanzschwache Katzenbesitzer:innen mit öffentlichen Geldern bei einer verpflichtenden Kastration und Kennzeichnung ihres Tieres unterstützt werden könnten – wie es beispielsweise das Land Niedersachsen beim Beschluss seiner Katzenschutzverordnung angekündigt hat.

Vielzahl positiver Effekt

Doch auch wenn an solchen Detailfragen noch gearbeitet werden müsste, hätte eine bundesweite Regelung für Katzenschutz mit Sicherheit eine Vielzahl positiver Effekte: »Mit dem Medienecho bei Einführung könnte man die Katzenbesitzer:innen flächendeckend erreichen und informieren. Mehr kastrierte Freigänger hieße weniger Nachwuchs mit Straßenkatzen und weniger Tierleid. Es würden

weniger Katzen ausgesetzt, da gekennzeichnete Tiere leicht zurückzuverfolgen wären. Die Tierheime würden entlastet, da sie weniger ungewollten Katzennachwuchs aufnehmen müssten und registrierte Fundtiere schneller zurückvermitteln könnten. Zudem hätten die Tierschutzvereine Rechtssicherheit, wenn sie im Auftrag der zuständigen Behörde unregistrierte Findlinge umgehend kastrieren lassen«, fasst der Tierschutzbund zusammen. Bleibt zu hoffen, dass der Katzenschutzreport die Entscheidungsträger:innen in der Politik endlich wachrütteln kann, bevor die Situation der Straßenkatzen in Deutschland endgültig aus dem Ruder läuft. Neben den überfälligen gesetzgeberischen Maßnahmen wünschen sich die Tierschutzvereine und Tierheime angesichts der wachsenden Problem kurzfristig vor allem eines, betont Dalia Zohni: »Die Politik muss endlich die wichtige Arbeit der Tierschutzvereine und Tierheime anerkennen und diese bei der Erfüllung des Staatsziels Tierschutz finanziell unterstützen.«
